



## Ergebnisniederschrift

### über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/XI-019/2024) des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 03.06.2024, 15:03 Uhr bis 15:51 Uhr,  
Kreistagssitzungssaal,  
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

## Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Bericht über die Situation der Geflüchteten im Landkreis
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Beendigung des Zuwendungsvertrages über die Förderung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle im Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 4445-2024/DaDi
3.2.	Besetzung der Ombudsstelle Vorlage: 4237-2024/DaDi
3.3.	Fachkräfte gewinnen, Integration fördern - Zusammenarbeit mit Kommunen – Antrag Grüne Vorlage: 4474-2024/DaDi
3.4.	Fachstelle für Wohnungsnotfälle „Wohnen und Sichern“ als Teil der Daseinsfürsorge sichern – Antrag Grüne Vorlage: 3951-2024/DaDi
4.	Kenntnisnahmen
4.1.	Jahresbericht der Ombudsstelle 2023 Vorlage: 4100-2024/DaDi

4.2.	Auswirkungen der Wohngeld Reform 2023 Vorlage: 4218-2024/DaDi
4.3.	Quotenabrechnung für das 1. Quartal 2024 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 2. Quartal 2024 Vorlage: 4342-2024/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

<b>Anwesende</b>	
<b>Fraktion der SPD</b>	
Frau Pia Eckert-Graulich	Vertreterin für Abg. Gutale, Halima
Frau Maria Jansen	Vertreterin für Abg. Hassan, Daria
Frau Anke Paul	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
<b>Fraktion der CDU</b>	
Frau Patricia Baltes	
Herr Bürgermeister Sebastian Bubenzer	
Herr Boris Freund	Vertreter für Abg. Brockmann, Ann-Katrin vor TOP 1 (15:04 Uhr)
Herr Achim Grimm	
<b>Fraktion von Bündnis90/Die Grünen</b>	
Frau Heidrun Buxmann-Hauke	
Frau Jutta Quaiser	
Frau Fraktionsvorsitzende Claudia Schlipf-Traup	
<b>Fraktion der AfD</b>	
Herr Jörg Rinne	
<b>Fraktion der FDP</b>	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
<b>Fraktion der FW/UWG</b>	
Frau Helga Weber	
<b>Fraktion von Soziales Klima Bündnis</b>	
Frau Claudia Wedemeyer	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
<b>Kreistagspräsidium</b>	
Herr Sebastian Rouven Sehlbach	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfeffig	
<b>Kreisausschuss</b>	
Frau Kreisbeigeordnete Christel Sprößler	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	
Frau Kreisbeigeordnete Marita Keil	
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Alexander Ludwig	
Herr Kreisbeigeordneter Karl-Heinz Prochaska	
Herr Kreisbeigeordneter Christoph Zwickler	ab TOP 3.1 (15:21 Uhr)
<b>beratende Mitglieder</b>	
Frau Hannelore Walz-Kirschbaum	Seniorenbeauftragte
<b>Verwaltung</b>	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Madeline Götz	
Frau Mareen Hechler	

<b>Anwesende</b>
Frau Gabriele Kühnle
Herr Steffen Petry
Herr Christian Schwab

<b>Abwesende</b>
<b>Fraktion der SPD</b>
Frau Halima Gutale
Frau Daria Hassan
<b>Fraktion der CDU</b>
Frau Ann-Katrin Brockmann

**Vorsitzende Paul** stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Paul** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.4 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Sie stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt.  
Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Steffen Petry.

## **Protokoll** des öffentlichen Teils

### **Beschluss zu TOP 1.**

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

---

**Vorsitzende Paul** weist auf die als Tischvorlage verteilten und der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Informationen des Büros für Chancengleichheit hin.

Fragen werden von **Frau Hechler** beantwortet.

## Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Bericht über die Situation der Geflüchteten im Landkreis**

Beschluss:

---

**Kreisbeigeordnete Spröbler** berichtet über die aktuelle Situation der Geflüchteten im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Weiter berichtet **Kreisbeigeordnete Spröbler**, dass das Regierungspräsidium Darmstadt für das 2. Quartal 2024 prognostiziert hat, dass der Landkreis Darmstadt-Dieburg 25 Personen wöchentlich aufzunehmen hat. Für das 4. Quartal 2023 lag die Prognose gemäß Mitteilung des Regierungspräsidiums Darmstadt noch bei 95 aufzunehmenden Personen pro Woche. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat in dieser Woche 19 Personen aufzunehmen.

**Kreisbeigeordnete Spröbler** teilt mit, dass die Notunterkunft in Pfungstadt planmäßig nicht weiter betrieben wird.

Weiter teilt **Kreisbeigeordnete Spröbler** mit, dass am 12.06.2024 ein Informationstermin im Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales stattfindet. Hier soll insbesondere zur Einführung und Umsetzung der Bezahlkarte für Geflüchtete in Hessen sowie über die Definition des Begriffs der gesicherten Bleibeperspektive durch die Landesregierung berichtet werden.

Auf Nachfrage teilt **Kreisbeigeordnete Spröbler** mit, dass es weiterhin das Ziel ist, Personen mit einem Bleiberecht zur besseren Integration und aus Kapazitätsgründen nach Möglichkeit nicht dauerhaft in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises unterzubringen.

**Kreisbeigeordnete Spröbler** informiert über den aktuellen Sachstand zum Baustopp an der Gemeinschaftsunterkunft in Roßdorf.

**Beschluss zu TOP 3.**

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

---

**Beschluss zu TOP 3.1.**

Vorlage-Nr.: 4445-2024/DaDi

Betreff: **Beendigung des Zuwendungsvertrages über die Förderung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Verlängerung des Zuwendungsvertrages über die Förderung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle im Landkreis Darmstadt-Dieburg wird fristgemäß zum 31.12.2024 widersprochen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig  
 Zustimmung (Ja):   
 Ablehnung (Nein):   
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
<b>SPD</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>CDU</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Grüne</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FDP</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>AfD</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FW/UWG</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>SKB</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>fraktionslos</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:



**Beschluss zu TOP 3.2.**

Vorlage-Nr.: 4237-2024/DaDi

Betreff: **Besetzung der Ombudsstelle**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

**Kreisbeigeordnete Dahms** nimmt unter Hinweis auf § 25 HGO nicht an der Beratung und Beschlussfassung teil.

**Abg. Schlipf-Traup** (Grüne) kündigt zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.06.2024 einen Änderungsantrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen an.

**Beschlussvorschlag:**

Nach zweijähriger Amtszeit beruft der Kreistag auf Empfehlung des Kreisausschusses erneut Herrn Gerhard Dahms, Meisenweg 26, 64839 Münster, zum ehrenamtlichen Ombudsmann im Bereich des Sozialgesetzbuches II der Kreisverwaltung.

Die Berufung gilt für die Dauer von zwei Jahren gerechnet ab dem Zeitpunkt der Aushändigung der Urkunde.

Dem Kreisausschuss ist nach Ablauf von einem Jahr ein aktueller Zwischenbericht und mit Ablauf der zweijährigen Amtszeit ein weiterer Bericht jeweils als Gesamtbericht der Ombudsstelle vorzulegen.

Der Kreisausschuss entscheidet rechtzeitig vor Ablauf der zweijährigen Amtszeit von Herrn Gerhard Dahms über die Fortführung der ehrenamtlichen Ombudsstelle.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**  
Zustimmung (Ja):   
Ablehnung (Nein):   
Enthaltung:

**Detailergebnis,**  
wenn zutreffend

	<b>Zustimmung (Ja):</b>	<b>Ablehnung (Nein):</b>	<b>Enthaltung:</b>
<b>SPD</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>CDU</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Grüne</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FDP</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>AfD</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FW/UWG</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>SKB</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>fraktionslos</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

**Beschluss zu TOP 3.3.**

Vorlage-Nr.: 4474-2024/DaDi

Betreff: **Fachkräfte gewinnen, Integration fördern - Zusammenarbeit mit Kommunen – Antrag Grüne**

Beschluss: **abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt Dieburg wird beauftragt, über die Kreisagentur für Beschäftigung jeder Kommune das Angebot zu unterbreiten, einmal jährlich vor Ort in Zusammenarbeit mit örtlichen Akteuren eine Job- und Ausbildungsmesse oder andere Formate zur Zusammenführung von potenziellen Arbeitskräften mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu veranstalten. Die Umsetzung einer derartigen Veranstaltung kann mit mehreren Kommunen gemeinsam erfolgen. Nach Möglichkeit sollte in jedem Sozialraum (strategische Sozialplanung) im Landkreis zumindest eine Veranstaltung im Jahr stattfinden.

Alternativ kann die Kreisagentur den Kommunen anbieten, an geeigneten, bereits etablierten Veranstaltungen vor Ort teilzunehmen.

Folgende Organisationen, wie z. B. Gewerbevereine, Wirtschaftsförderungen, Haupt- und Ehrenamtliche in der Asylarbeit, Handwerkskammer und IHK, Schulen, VHS und OloV-Koordination (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule-Beruf) können mögliche Kooperationspartner sein.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**  
 Zustimmung (Ja):   
 Ablehnung (Nein):   
 Enthaltung:

<b>Detailergebnis, wenn zutreffend</b>	<b>Zustimmung (Ja):</b>	<b>Ablehnung (Nein):</b>	<b>Enthaltung:</b>
<b>SPD</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>CDU</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Grüne</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FDP</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>AfD</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FW/UWG</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>SKB</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>fraktionslos</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

**Beschluss zu TOP 3.4.**

Vorlage-Nr.: 3951-2024/DaDi

Betreff: **Fachstelle für Wohnungsnotfälle „Wohnen und Sichern“ als Teil der Daseinsfürsorge sichern – Antrag Grüne**

Beschluss: **zurückgestellt**

---

Nach ausführlicher Diskussion stellt **Vorsitzende Paul** fest, dass sich Absatz 1 des Beschlussvorschlages nach der Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3.1 (Vorlage-Nr. 4445-2024/DaDi) erledigt hat. Sie schlägt vor, den Antrag weiterhin zurückzustellen bis die Entscheidung des Ministeriums zur Aufnahme des Projektes in das Förderprogramm des Europäischen Sozialfonds vorliegt.

**Vorsitzende Paul** stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Finanzierung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle „Wohnen und Sichern“ als Teil der Daseinsfürsorge für betroffene Bürger\*innen auch über das Jahr 2024 hinaus sicherzustellen.

Hierzu soll der Kreisausschuss Verhandlungen mit dem Hessischen Sozialministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen aufnehmen, um die Fachstelle für Wohnungsnotfälle „Wohnen und Sichern“, ggf. auch als Modellprojekt, zu refinanzieren, da im Landkreis Darmstadt-Dieburg Wohnraumangel herrscht. Mögliche Komplementärfinanzierungen (EU, Stiftungen, Spenden, Sponsoring) sind zudem zu prüfen.

Dem Ausschuss GGSA ist durch die Sozialdezernentin Bericht zu erstatten.

**Beschluss zu TOP 4.**

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

---

**Beschluss zu TOP 4.1.**

Vorlage-Nr.: 4100-2024/DaDi

Betreff: **Jahresbericht der Ombudsstelle 2023**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

---

**Kreisbeigeordnete Spröblier** gibt den Jahresbericht der Ombudsstelle bei der Kreisagentur für Beschäftigung für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

Der Bericht wird darüber hinaus in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 03.06.2024 und in der Sitzung des Kreistages am 17.06.2024 zur Kenntnis gegeben.

**Beschluss zu TOP 4.2.**

Vorlage-Nr.: 4218-2024/DaDi

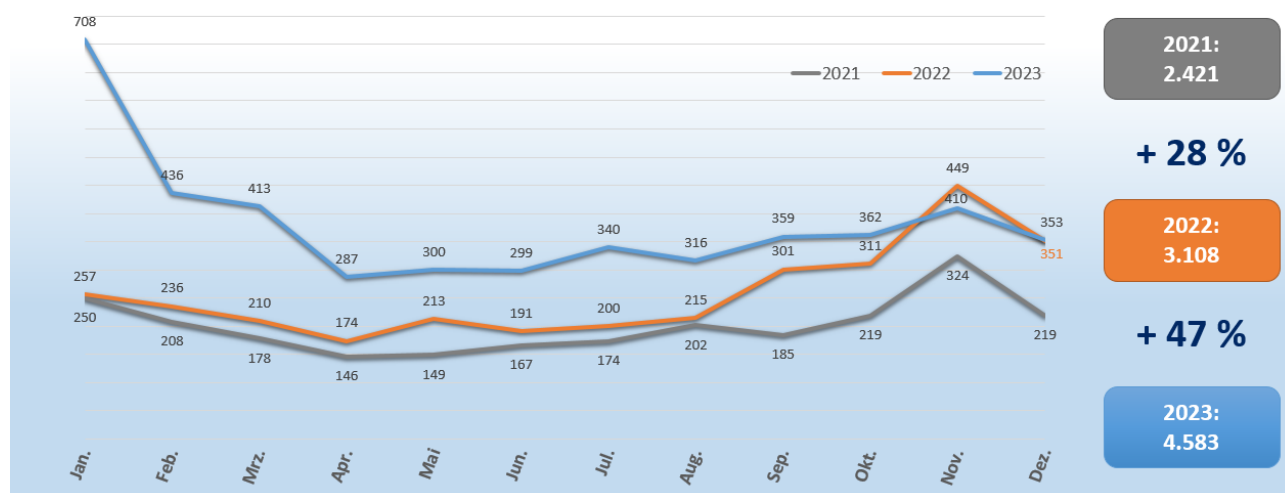
Betreff: **Auswirkungen der Wohngeld Reform 2023**Beschluss: **Kenntnis genommen**

**Kreisbeigeordnete Spröblier** informiert über die Auswirkungen der Reform im Landkreis für das Jahr 2023:

Zum 1.1.2023 wurde die größte Wohngeldreform in der Geschichte Deutschlands umgesetzt. Mit dem neuen "Wohngeld-Plus" haben deutlich mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld als bisher. Nicht nur der Kreis der Berechtigten hat sich erweitert. Auch die Unterstützungsleistungen selbst wurden angepasst und tragen den gestiegenen Kosten für Wohnraum und Heizkosten Rechnung.

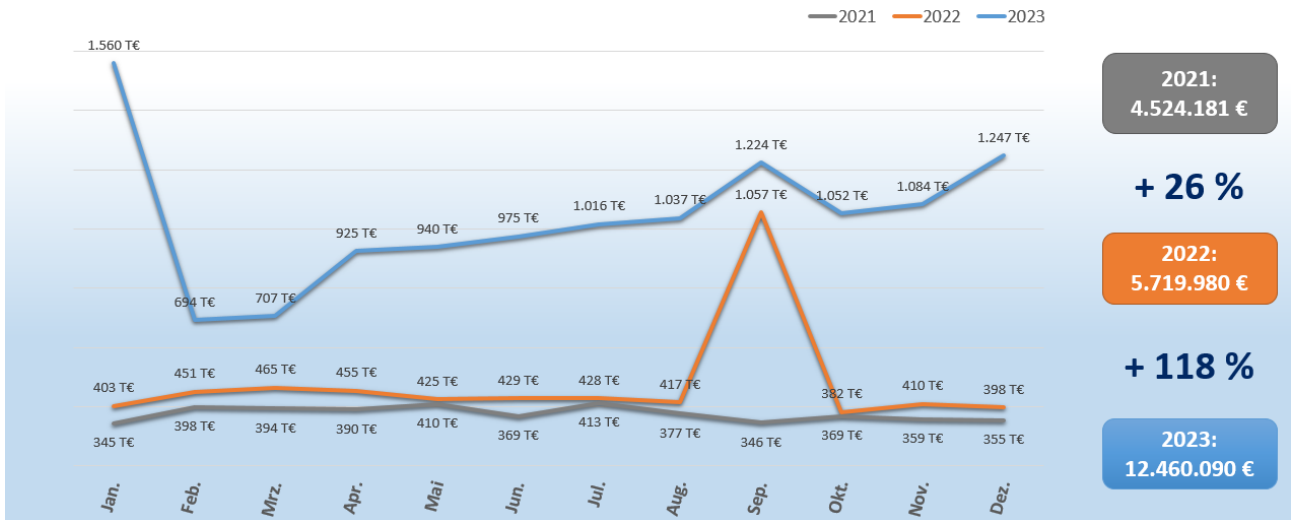
Die Antragszahlen haben sich bereits im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 28 % erhöht. In 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr eine weitere Steigerung von 47 % zu verzeichnen. Die von der Bundesregierung veranschlagte Verdreifachung der wohngeldberechtigten Haushalte durch das Wohngeld-Plus-Gesetz zum 01.01.23 ist im Landkreis nicht eingetreten.

## Antragseingänge



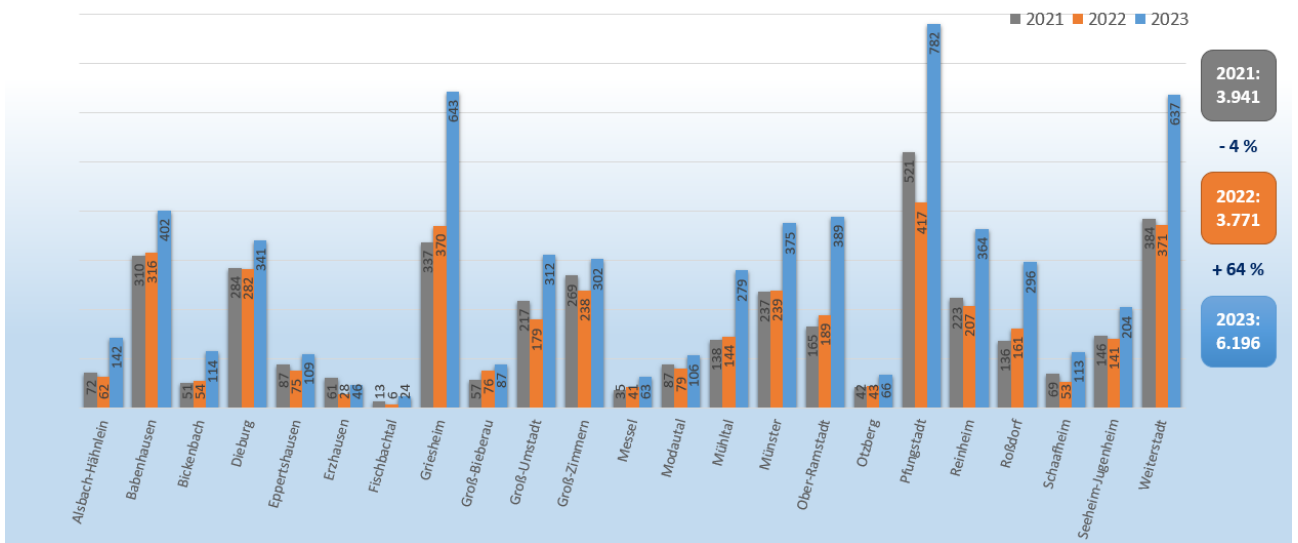
Bei den Auszahlungsbeträgen (Bundes- und Landesmittel) ist eine Steigerung von 118 % gegenüber dem Vorjahr feststellbar.

# Auszahlungsbeträge



Die Anzahl der wohngeldbeziehenden Familienmitglieder hat sich in diesem Jahr um 64 % im Vorjahresvergleich erhöht.

# Wohngeldbeziehende





**Beschluss zu TOP 4.3.**

Vorlage-Nr.: 4342-2024/DaDi

Betreff: **Quotenabrechnung für das 1. Quartal 2024 und die Prognose aufzunehmender Geflüchtete für das 2. Quartal 2024**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

---

**Kreisbeigeordnete Sprößler** gibt das Anschreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt, die Quotenabrechnung zugewiesener Geflüchtete für das 1. Quartal 2024 sowie die Prognose der im 2. Quartal 2024 aufzunehmender Geflüchtete zur Kenntnis.

**Beschluss zu TOP 5.**

Vorlage-Nr.:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

---

**Vorsitzende Paul** weist auf die als Tischvorlage verteilten und der Niederschrift als Anlage 3 beigefügten Informationen zum Thema „Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt. Zur Arbeit der Fachstellen bei der Kreisagentur für Beschäftigung im Landkreis Darmstadt-Dieburg.“ hin.

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

**Vorsitzende Paul** schließt die Sitzung um 15:51 Uhr.

---  
**Ende der Niederschrift**  
---

Darmstadt, den 5. Juni 2024

Für die Ausfertigung

gez. Anke Paul  
Anke Paul  
Vorsitzende

gez. Steffen Petry  
Steffen Petry  
Schriftführer